

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Umsatz-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Verkaufspreis täglich.
Bezugspreis für die Woche vom 29. Okt. bis 3. Nov.
6 Mark 50 Pf. (Kass. 6 Mark 50 Pf.)
Der Zeitung gebührt ein Recht, bei der Bezahlung der Zeitung
auf die Zahlung oder Nichtzahlung des Geldes oder auf die
Einsendung des Geldes zu verzichten.
Kamen, 3. Okt. 1923.

Ar. 255

Mittwoch, den 31. Oktober 1923

51. Jahrgang.

Das neue sächsische Ministerium.

(W) In der Nacht zum 31. Oktober wurde der Abg. Jellisch (Soz.) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt, 18 Stimmen entfielen auf den Abg. Kaiser (D. Vpt.). 64 Abgeordnete waren anwesend. Die Deputierten hatten vor Beginn der Wahl den Saal verlassen, während sich die Kommunisten der Abstimmung enthielten. Der Abg. Jellisch nahm die Wahl an. Darauf wurde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf den 6. November anberaumt.

Wie die Blätter aus Dresden melden, wird der neu gewählte Ministerpräsident ein rein sozialistisches Kabinett bilden, das durch Faltung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei regierungsfähig und nur als ein Übergangskabinett gedacht ist. Der „Vorwärts“ nennt folgende Ministerliste: Jellisch Ministerpräsident, Liebmann Innenminister, Arbeitsminister: Graupe, Justizminister: Neu, Volksbildung: Feßner, Finanzminister: Neu. Der Wirtschaftsminister ist noch unbestimmt.

Der sächsische Landtag

Nachdem schon am Montag Zusammengetreten, wurde aber kurz nach der Eröffnung um 6 Uhr abends verlegt, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen, bezw. sich über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. Da die Verhandlungen der Fraktionen um 6 Uhr noch zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurde die Plenarsitzung des Landtages weiterhin bis in die späten Abendstunden verlegt. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Im Geschäft- und Verkehrsleben ist von einem Generalstreik nichts zu spüren. In vielen industriellen Betrieben sah man zwar die Arbeit niedergelegt, doch kann von einer einheitlichen Durchführung des Streiks keine Rede sein.

Die sozialistischen Reichsminister wollen zurücktreten.

Wie der „Vorwärts“ meldet, haben Angehörige der Vorgänge in Sachen die sozialistischen Reichsminister dem Vorstand der sozialistischen Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Der Fraktionsvorstand hat die Minister ersucht, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die sich darüber schlüssig werden würde.

Der Fraktionsvorstand der sozialdemokratischen Partei hat gestern nachmittag im Reichstage gesagt und sich mit der Lage beschäftigt. Nach dem Angriff, der in der Abendausgabe des „Vorwärts“ gegen die Reichswehr und der R. P. M. gegen den Reichsführer von sozialdemokratischer Seite gerichtet waren, ist das Ergebnis der Verhandlungen als ein Symptom für eine leichte Entspannung der Lage anzusehen. Es wurden keinerlei Beschlüsse gefasst, die der am Freitag zusammentretenden Fraktion zur Entscheidung vorgelegt werden könnten. — Auch das Zentrum und die Demokraten haben gestern Fraktionsversammlungen abgehalten, in denen der Wunsch zum Ausdruck kam, die große Koalition aufrecht zu erhalten. Die demokratische Fraktion beschloß, eine Abordnung zum Reichsführer zu entsenden und ihn aufzufordern, die Autorität des Reiches gegenüber Bayern durchzusetzen.

Ultimatum der Kommunisten an die S. P. D.

Dem Vorwärts zufolge wurde eine ultimative Forderung der K. P. D. bis Dienstagabend 6 Uhr eine Antwort darüber zu geben, ob die sozialistische Partei sich mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden in anbeziehung des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachen und anderen Teilen, vom sozialistischen Fraktionsvorstand abgelehnt. — In einer Konferenz der Berliner Funktionäre wurde eine Entschließung angenommen, die den sofortigen Austritt der sozialistischen Reichsminister aus der großen Koalition, die Vorbereitung des Generalstreiks als wichtigste Waffe gegen die Reaktion und den sofortigen Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei fordert.

Die Reparationskommission zur deutschen Note.

(W) Die Reparationskommission hat sich gestern nachmittag mit der deutschen Note vom 24. 10. 23 beschäftigt und die Anhörung der deutschen Sachverständigen vertagt.

Über die Sitzung veröffentlicht die Reparationskommission folgenden Bericht: Es wurden folgende Fragen behandelt, 1. Im Hinblick auf die augenblicklich zwischen den afrikanischen Regierungen geführten Verhandlungen hat sich die Reparationskommission entschlossen, die Prüfung der Note, die ihr am 24. 10. von der Kriegskostenkommission überwiesen wurde, zu vertagen. 2. Die Kommission hat gewisse Maßnahmen getroffen, die erforderlich wurden, infolge der Schwierigkeiten bei der Anwendung des Artikels 260 des Friedensvertrages auf die Aktien österreichischer und ungarischer Eisenbahnen, deren Netz in den Gebieten der Nachbarstaaten liegt. 3. Die Kommission hat mit 3 Stimmen, bei einer Enthaltung (die des englischen Delegierten) auf Grund des § 19 bis zu Anhang 2 die Ermächtigung erteilt zu Bestellungen wirtschaftlichen Materials, das von Deutschland an Italien zu liefern ist. 4. Da die Reparationskommission auf die in der Presse erschienene Erklärung betreffend die Auslegung derjenigen Bestimmungen des Abkommens 8 des Versailler Vertrages und seiner Anhänge, die sich auf die Vollmacht der Reparationskommission oder auf die Bedürfnisse oder die Zusammenfassung des von ihr ernannten Komitees beziehen, aufmerksam gemacht worden ist, erklärt sie, daß sie bis jetzt von den durch den Friedensvertrag ihr übertragenen Vollmachten, die in den erwähnten Presseerklärungen angeführten Punkte des Abkommens 8 formell als zugehörig keinen Gebrauch gemacht habe.

(W) Habas meldet: Die Botenkonferenz hat heute beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zugehen zu lassen, in der sie auf die Wiederannahme der internationalisierten Kontrolle drängt. Die Konferenz hat eine Resolution, die die Mitglieder der Reparationskommission in Deutschland einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

Unterzeichnung eines französisch-deutschen Vertrages mit Krupp.

Dem „Berl. Tgl.“ zufolge, teilten die Pariser Zeitungen mit, daß heute ein Vertrag zwischen Krupp und der Ingenieurkommission unterzeichnet werde.

Der Vertrag ist in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt, aber die französischen Mitteilungen legen besonderen Wert darauf, daß Krupp 20 Prozent der Erzeugung seiner Werke für die Reparationskommission abliefern muß und daß die Kohlensteuer nach einem bestimmten Verhältnis zu diesen Lieferungen verteilt und bezahlt werden muß. Eine größere Vorauszahlung in Devisen ist von Krupp zu leisten. Der Direktor der Kruppwerke Homann hat französische Berichterstatter empfangen und ihnen gesagt, daß die Firma Krupp den Vertrag über den Wiederbeginn der Arbeit hauptsächlich im Interesse der Arbeiter und Beamten abgeschlossen hat. Niemand sei in den Kruppwerken entlassen oder gekündigt worden; nur die Arbeitszeit sei von 48 auf 30 Stunden herabgesetzt worden. Niemand sei daran gedacht worden, Arbeiter auszusperrten. Der Direktor erklärte noch: Für uns sind die wichtigsten Fragen die Beschaffung von Rohmaterial und der Herstellung des Eisenbahnverkehrs. Wenn die Verträge, die wir mit der Ingenieurkommission abschließen, sich bewähren, dann hoffen wir, bald die Arbeit in vollem Umfang wieder aufnehmen zu können.

Einstellung der Strafverfolgung.

(W) Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet, daß Krupp von Vöhlen halb nach dem nächsten Donnerstag von Essen nach dem Gefängnis zurückgeführt werde. Es verlautet jedoch, daß das Urteil gegen ihn aufgehoben wird, wenn bis Donnerstag endgültige Abmachungen mit der Ingenieurkommission unterzeichnet seien.

Jetzt werden die ersten Fälle bekannt, wo die Franzosen leitende Persönlichkeiten von wirtschaftlichen Unternehmungen außer Verfolgung setzen. So wurden die Direktoren Rattau und Heinrich von der Bege-

„Vollverein“ von der französischen Besatzungsbehörde benachrichtigt, daß sie vollkommen unbehindert in das besetzte Gebiet zur Arbeit gehen könnten. Rattau war seinerzeit ausgewiesen, Heinrich in Abwesenheit vom französischen Kriegsgericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gleichzeitig verurteilt, daß die Beurlaubung Krupp von Vöhlen-Hafbaas aus der französischen Haft, die für 8 Tage bewilligt war, verlängert worden ist. Es ist den Kruppischen Direktoren anheimgegeben worden, die Verlängerung des Urteils zu beantragen.

Die Separatistenbewegung nicht anerkannt.

(W) Der französische Kreisdelegierte in Euskirchen hat an alle Bürgermeister seines Bezirks ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt: Der Kreisdelegierte läßt mitteilen, daß die Separatistenbewegung vorläufig nicht anerkannt ist. Falls sie anerkannt wird, ergeht besondere Mitteilung. Es bleibt daher der alte Zustand. Die Separatisten haben sich jeglicher Requisitionen, Amtsenthebung, Schließung von Wirtschaften usw. zu enthalten. Requisitionsscheine müssen wie bisher vom Kreisdelegierten oder der Militärbehörde unterschrieben sein. Der Delegierte will von allen Vorkommnissen, auch geringer Art, unterrichtet sein. — Ein Rundschreiben gleichen Inhalts erließ der französische Kreisdelegierte in Bonn.

Tief eingreifende Maßnahmen der Regierung.

(W) Angesichts der Notwendigkeit, den Haushaltsplan des Reiches, einschließlich der Länder und Gemeinden, in absehbarer Zeit ins Gleichgewicht zu bringen, hat die Reichsregierung nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes tief einschneidende Maßnahmen in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen, denen andere folgen werden. Da das Reich nicht mehr die aus den Lieferungsverpflichtungen gegen den Versailler Vertrag sich ergebenden Lasten tragen kann, werden solche Lieferungen seit dem 11. August nicht mehr abgeschlossen. So müssen auch die Zahlungen von Entschädigungen aus den Abrüstungsentschädigungsrichtlinien vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden. Weitere Zahlungseinschränkungen lassen sich nicht vermeiden. Bei der Neuordnung der Liquidationen und Ausgleichsgebühren, die auch die Deutschen im Auslande und in den abgetrennten Gebieten trifft, soll eine Beihilfe des Reiches für Salutaritäten völlig weggelassen. Die Stammensentwässerung wird auf 2 vom Tausend des Vorkriegsfußes in Gold festgesetzt. Dazu tritt ein Entwurfszuschuß in Höhe von 3 vom Tausend. Die Belastung des Reiches verringert sich hierdurch um etwa ein Viertel der bisher geschätzten Summe. Soweit Gegenstände aus Anlaß des Vertrages von Versailles enteignet wurden, die nicht unter das Reichsentlastungsgesetz fallen, ist eine Aussetzung der Entschädigungsauszahlungen angeordnet.

Das Bestreben, mit dem kostspieligen Entwicklungsapparat Schluss zu machen, hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Abgeltungsverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Heeres- und Marinefiskus in einem beschleunigten Verwaltungsverfahren abzuwickeln sind. Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz besserer Frist um 25 Prozent vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch die Beamtenabbauverordnung geregelt. Der Abbau bezieht sich auch auf die Angestellten des Reiches, von denen nur die aus zwingenden Gründen unentbehrlichen Kräfte behalten werden sollen. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Die Reichsregierung wird in der Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren. An der Umgestaltung des Steuersystems wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Bewertung der Vermögenswerte in Goldmark erfolgt. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten. Auf diesem Wege würden wir das Ziel einer Vasanalisierung des Haushalts zu erreichen.

suchen. Jede endgültige Lösung freilich hängt davon ab, daß endlich die außenpolitischen Fragen in einer für Deutschland tragbaren Weise geregelt werden.

Der Beamten-Abbau.

(W) Beim Abbau des Personalbestandes des Reiches sollen demnach alle über 65 Jahre alten Beamten entfernt werden. Im übrigen soll der Personalbestand um 25% vermindert werden. Um einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden zu geben, wird den Beamten eine Reihe von Vergünstigungen gewährt. Lebenslänglich angestellte Beamte können auf Antrag durch Gewährung einer Abfindungssumme, die nach dem Dienstalter abgestuft ist, und die bis zum Ablauf des letzten Monatsgehalts beträgt, entlassen werden. Ueberzahliges Personal wird von Amts wegen entlassen werden, wobei in erster Linie die Leistungsfähigkeit entscheidet. Bei gleichwertiger Leistung und gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen scheidet der über 60 Jahre alte Beamte aus. Berücksichtigt wird auch der Familienstand und die Zahl der unversorgten Kinder. Schwerbeschädigte Beamte kommen in letzter Linie in Frage. Der Beamte selbst und die Beamtenvertretung sind zur richtigen Würdigung der persönlichen Verhältnisse anzuhören. Politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung dürfen keinen Grund zur Entlassung bilden. Für Beamte mit über 10jähriger Dienstzeit ist Verlegung in den einseitigen Ruhestand mit Wartegeld, die je nach der Dienstzeit 40 bis 80 vom 100 betragen, vorgesehen. Für verheiratete weibliche Beamtinnen und Lehrerinnen wird Kündigungsfrist verlängert, auch wenn sie bereits lebenslänglich angestellt sind, aber nur, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert ist. Die nach der Verfassung gebotenen Ausnahmefälle gegen weibliche Beamte müssen eingeschränkt werden, da sich die Beschäftigung verheirateter Frauen als den Dienstinteressen abträglich erwiesen hat. Beamten- und Beamtinnenanwärter dürfen nicht neu eingestellt werden. Bis 1. 4. 24 ist eine Beförderungssperre angeordnet worden. Eingestellte sollen, soweit zwingende Gründe nicht entgegenstehen, mit einer Abfindungssumme entlassen werden, die weibliche Angestellte aber nur dann erhalten, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung nicht sichergestellt ist. Eine Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder tritt ein, wenn der Empfänger noch ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht.

Der Ernährungsminister über die Lebensmittelversorgung.

(W) Reichsernährungsminister Graf Ranft erklärte in einer Besprechung mit den Führern der landwirtschaftlichen Organisationen die Notwendigkeit ausreichender Beschaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln zwecks Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und damit der Versorgung der Verbraucher. Er machte Mitteilung von den nach dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen und von den seitens des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft unternommenen Bemühungen. Hinsichtlich der zu einer sicheren Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion notwendigen Schritte ergab sich weitgehende Übereinstimmung. In einer gestern abgehaltenen Sitzung mit den Vertretern der Verbraucherverbände, der Gewerkschaften, Beamtenverbände, Hausfrauenvereine und den Städten wurden Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Notlage und zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Versorgung der Städte erörtert. Insbesondere verlangten die Vertreter der Verbraucher Kredite für die Kommunen zur Durchführung einer Versorgung für längere Zeit, namentlich mit Kartoffeln. Sie teilten vollkommen die Auffassung des Ministers, daß alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um das wertbeständige Zahlungsmittel dem Konsum zuzuführen und es ständig im Umlauf zu halten. Der Minister erklärte, daß die Versorgung mit Kartoffeln und Brot als gesichert angesehen werden könne, unter der Voraussetzung ausreichenden Umlaufes von Zahlungsmitteln, unter Vermeidung von unvorhergesehenen Ereignissen, wie frühzeitiger Frost, Beeinträchtigungen usw., daß aber bis zur vollständigen Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel alle kleinen Mittel zur Erleichterung der Ernährung angewandt werden müssen.

Sitzung des bayerischen Ministerrats.

Nach einer Meldung des Tageblattes aus München, hat gestern der bayerische Ministerrat eine Sitzung abgehalten. An amtlicher Stelle verlautet, daß über das Ergebnis einer amtlichen Mitteilung ausgegeben werde. Der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Preger, wird mit Instruktionen im Sinne des Kabinettsbeschlusses nach Berlin zurückkehren.

Für die Frauen

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Namen, 30. Okt. Der gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Herrn Direktor Hühmann nahmen 23 Mitglieder des Kollegiums teil. Der Magistrat war vertreten durch die Herren Beigeordneten Sieglar und die Stadträte Braß und Weidkamp. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt es eine teilweise scharfe Debatte über den Punkt „Ausführung der Bürgermeistereiwahl“. Stadtverordneter Küster betont namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß die ablehnende Haltung der übrigen Fraktionen in der Frage der Bürgermeistereiwahl für seine Freunde Veranlassung gewesen sei, die Sitzungen nicht mehr zu besuchen. Die jetzt erfolgte neue Situation habe veranlaßt, an den weiteren Sitzungen wieder teilzunehmen, wenn der betr. Punkt wunschgemäß erledigt wird. Namens seiner Fraktion stellt der Redner den Antrag, die Ausschreibung der Bürgermeisterei nicht als letzten, sondern als ersten Punkt der Tagesordnung zu beraten. Dazu bemerkt der Vorsitzende, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, an den Sitzungen teilzunehmen. Die Verantwortung treffe alle, auch die, die bei den Beschlüssen nicht anwesend sind. Eine Aenderung der Tagesordnung lehne er ab. Herr Stadträtin Küster will es nicht dulden, daß der Antrag einfach so kurzgehandelt erledigt wird und wünscht Abstimmung darüber. Demgegenüber weist Herr Direktor Hühmann auf das Recht des Vorsitzenden hin, die Tagesordnung allein festzustellen. Tugend ein Grund, den Punkt als ersten zu behandeln, läge nicht vor. Herr Strelnski. Steht hierin eine Vergewaltigung und Verhöhnung seiner Partei. Der Herr Vorsitzende weist solche Ausdrücke energisch zurück. Solange nicht ein stichhaltiger Grund angegeben werde, bleibe es bei der festgesetzten Tagesordnung. Eine Verhöhnung liegt ihm fern, in seine Rechte lasse er sich aber nicht eingreifen. Herr Jacoby vermisst eine Begründung für die Aenderung der Tagesordnung. Für den Zuhörer mache es den Eindruck, als ob die Sozialdemokratie nur ihren Willen zeigen und durchdrücken wolle. Nachdem seitens des Vorsitzenden auf das Beschwerderecht hingewiesen worden war, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Wegerrinnung beantragt die Weiterbenutzung der Kahlhülle am Schlachthof ab 15. November. Der Magistrat ist damit einverstanden, wenn die Wegerr die Kosten tragen. Die Stadtverordneten schließen sich, nachdem Stadtr. Ebbinghaus die Gründe dargelegt hatte, dem Magistratsbeschlusse an.

Bei der Veröffentlichung von amtlichen Bekanntmachungen soll an den Insertionskosten gespart werden, als in der „Kamerer Zeitung“, als dem amtlichen Organ der Stadt Namen, auf die ausgehängte Bekanntmachung kurz hingewiesen wird. Herr Kupper Schlag bezieht dieses als ein Sparen am falschen Ort, weil die wenigsten den Gitterkasten ausbilden. Ein jeder habe das wichtigste Interesse an einem Fortbestehen der Presse. Herr Strelnski wünscht die wichtigsten Bekanntmachungen auch in der Arbeiterpresse und Herr Eggert, diese auch im „Westf. Volksfreund“ zu veröffentlichen. Dabei macht Herr Beigeordneter Sieglar die Mitteilung, daß letztere Zeitung die Bekanntmachungen der Stadt unentgeltlich aufnehme. Nachdem die einzelnen Anträge abgelehnt waren, wurde dem neuen Ortsstatut, wie es der Magistrat beschloffen, zugestimmt. Der Magistrat soll mit der auswärtigen Presse verhandeln zwecks Gewährung hoher Rabatte. Die Rückzahlung eines Darlehens von 11 Millionen wurde beschlossen.

In der Sitzung vom 11. Oktober wurde beschlossen, den

Ausbau der Rathenaustraße

einzustellen, wenn die Regierung nicht bedeutend höhere Zuschüsse leistet und die damals geforderte Umlage für den Ausbau ablehnt. Die Regierung hat die Bewilligung höherer Zuschüsse als ausgeschlossen bezeichnet. Der Magistrat hat daraufhin die Straße befristet und die Frage nochmals eingehend geprüft. Er ist dabei zu dem Beschluß gekommen, den Ausbau fortzuführen, solange die Unterstellungen aus der Erwerbslosen-Fürsorge gegeben werden. Die Herren Kupper Schlag, Ebbinghaus, Scharsenberger, Strelnski, Jacoby und Tschorn sprechen sich gleichfalls für den weiteren Ausbau aus. Herr Ebbinghaus rät der Stadtverwaltung, mit allem Nachdruck auf den Bau der von der Befehlsgewalt herzustellenden Brücke zu dringen, damit die Rathenau-Straße nach ihrer Fertigstellung auch ihrer Bestimmung übergeben werden kann. Der Magistrats-Vorlage wird darauf zugestimmt.

Von der 4. und 5. Reichskreditkasse in Höhe von 1,5 und 5 Millionen soll Gebrauch gemacht werden.

Beschlossen wurde eine Steuererhebung für Oktober in 36000facher Höhe der Vorjahrssteuer.

Kreditbewilligung zur Brotversorgung.

Die Bäder benötigen wöchentlich 150 Tsd. Mehl, die 75 Millionen Mark kosten. Sie sind nicht in der Lage, diese Summe ohne Kredit aufzubringen. Die Reichsbank will das Geld geben, wenn die Stadt als Bürgschaft auftritt. Die Bäder hätten mit ihrem ganzen Vermögen und übernehmen sämtliche Kosten, sobald der Stadt keine Kosten entstehen. Magistrat und Stadtverordnete stimmen dem zu. Herr Ebbinghaus stellt in Aussicht, daß auch die Wegerr mit einem solchen Antrag kommen werden. Auch diese seien nicht in der Lage, das Mehl zu beschaffen. Um die Fleisch- und Fettversorgung sicherzustellen, müsse auch den Wegerr die Bürgschaft gegeben werden. Fleisch sei ein wichtiges Nahrungsmittel, die Viehpresse seien in den letzten 8 Tagen um das 2fache gestiegen. Die Herren Eggert, Tschorn, Küster, Strelnski sind gegen eine solche Kreditgewährung.

Die Schutzversorgung für die Armee Bevölkerung und Kartoffelzuschüsse würden demnach von der Stadt gefordert werden. Herr Jacoby ist, besonders um die Fettversorgung sicherzustellen, für eine Kreditbewilligung an die Wegerr, da diese Bürgschaft der Stadt selbst doch keine Kosten verursache, und auch Herr Müller spricht sich dafür aus. Herr Strelnski rät den Bädern, aus dem billigen Mehl nicht das teure Brot zu backen und zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung auf größeren Gewinn zu verzichten. Der Magistratsvorlage betreffend Kreditvorlage an die Bäder wurde zugestimmt, dagegen fand der Antrag Ebbinghaus, den Magistrat zu ermächtigen, auch den Wegerr Kredit zu geben, keine Zustimmung und wurde abgelehnt.

Der Mangel an Reichsgeld macht die Ausgabe von Notgeld zur Notwendigkeit. Zum Beispiel gibt die Reichsbank seit Mitte der Vorwoche nur 1/4 der angeforderten Gelder ab, trotzdem das Guthaben dafür da ist. Die Stadtverwaltung hat, um dem Mangel abzuwehren, für 1,2 Millionen Mark Notgeld herstellen lassen. Die Stadtverordneten ermächtigen den Magistrat, weiteres Notgeld auszugeben.

Der Bürgermeister wurde ermächtigt, Gemeindesteuern in Höhe von 50 Goldpfennig niederszusetzen.

Abgenommen wurde die Jahresrechnung der Mädchen-Schulkasse für 1921, die in Einnahme und Ausgabe mit 202861 Mark abschließt.

Ausschreibung der Bürgermeisterei.

Die Wahl eines neuen Bürgermeisters wurde von der Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums hinausgeschoben, weil man im November d. J. bei einer Neuwahl aller städt. Körperschaften und Kommissionen erwartete. Die Landesregierung hat jetzt den Termin für diese Neuwahl bis zum März nächsten Jahres verschoben. Infolgedessen wurde der Antrag Kupper Schlag auf sofortige Ausschreibung der Bürgermeisterei auf die Tagesordnung gebracht. Herr Küster betont ausdrücklich, daß seine Partei keinen Wert legt auf einen Parteigänger, sondern in erster Linie Tüchtigkeit und Energie erwarte und daß die Bedingungen, die die Kommission seinerzeit festlegte, erfüllt werden. Hauptbedingung müsse aber sein, daß der neue Bürgermeister Republikaner sei. Die weiteren Vorarbeiten wurden der Kommission überlassen, die aus den Herren Veier, Bonhoff, Jacoby, Strelnski und Hühmann besteht. Die Kommission wird in den nächsten Tagen schon zusammengetreten. Die Befolgung erfolgt nach Gruppe 12, bei besonderer Tüchtigkeit ist eine Aufwandsentschädigung vorgesehen, bestehende Nebeneinnahmen fallen fort. Gefordert wird die große Staatsprüfung für Justiz oder Verwaltung oder Bewährung in ähnlicher Stellung.

Herr Strelnski richtet zum Schluß an den Beigeordneten als Polizeichef die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß der Kommandeur des Wehrtreffes bekanntgegeben hat, daß sämtliche Landwirte 1/2 ihrer Kartoffelerzeugung, nach vorherigem Abzug des eigenen Bedarfs, an die Kommunen für 2 Goldmark pro Zentner, abgeben müssen. Redner fordert sofortiges Zugreifen, ehe der Frost kommt. Für die ärmere Bevölkerung müsse gesorgt werden. Der Herr Beigeordnete erwidert, daß die Verfügung noch nicht eingegangen sei und daß dann sofort zugegriffen werde; Herr Eggert empfiehlt der Industrie den Austausch ihrer Erzeugnisse mit solchen der Landwirtschaft. Damit fand die Sitzung ihr Ende.

Namen. (Knappschäftliches.) Die Zahlungstermine der Renteingelder, Alters-, Invaliden-, Vergewaltigten-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat November 1923 sind:

Wahlbezirk	Bezahlter	Bezahlter	Bezahlter	Bezahlter	Bezahlter
Berglamm I	Schürmann	2 2	4 2	2 1/2	4 2
Berglamm II	Kraft	3 1	2 1	2 1/2	2 1/2
Deeren	Maack	2 2	2 2	2 1/2	2 1/2
Kaiserau	Schulz	2 2	2 2	2 1/2	2 1/2
Namen I	Eichermann	8 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Namen II	Starke	9 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Rath	Vönnbörger	10 2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Länern	Stellings	7 3	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Wethler	Budde	10 2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Niedermaffen	Gromberg	5 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Obermaffen	Widdendor	6 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Rünthe	Damer	9 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Anna I	Wittler	6 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Anna II	Nowad	5 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Anna-Königsborn	Rehfuß	7 2	2 1/2	2 1/2	2 1/2
Werne	Schulz	8 2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2

Die Rentenempfänger werden dringend ersucht, die angegebenen Termine und Zeiten zu beachten und ihre Bezüge regelmäßig monatlich abzuholen.

Namen, 31. Okt. (Verschiedenes.) Durch das neue Wohnungsmangelgesetz ist der Wohnungsausschuss unter folgenden Voraussetzungen grundsätzlich freigegeben: Die Tauschparteien müssen im Besitz selbstständiger bewohnter Wohnungen sein und entweder vor dem 1. Jan. 1914 in Deutschland ihren Wohnsitz gehabt haben oder deutsche Flüchtlinge oder Vertriebene sein. Dem Tausch müssen die Vermieter schriftlich zugestimmt haben. Verweigert ein Vermieter die Zustimmung, so kann sie von dem Mietniedersetzungsamt ersetzt werden. Die Tauschparteien haben zwar auch beim Vorliegen dieser Voraussetzungen noch die Genehmigung des Wohnungsamtes nachzusuchen. Dies Blatt hat jedoch lediglich zu prüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Ist dies der Fall, so muß es die Genehmigung erteilen. Erhalten die Tauschparteien innerhalb 14 Tagen von dem Wohnungsamt keinen Bescheid, so gilt die Genehmigung als erteilt. Das Wohnungsamt

ist nicht mehr berechtigt, den Tausch mit der Begründung zu verweigern, daß bei Durchführung des Tausches eine Tauschpartei eine zu große Wohnung erhalten würde. Es bleibt jedoch berechtigt, nach Durchführung des Tausches etwa erhebliche Räume zu beschlagnahmen, soweit eine Beschlagnahme nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften zulässig ist.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Dienstag — 64 838 000 000 bis 65 162 000 000, das englische Pfund — 283 275 000 000 — 290 725 000 000, der holländ. Gulden — 25 137 000 000 — 25 263 000 000, der schweizerische Franken — 11 571 000 000 bis 11 629 000 000, der französische Franken — 3 791 000 000 — 3 809 000 000.

Der neue 50-Milliarden-Schein. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 86x180 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Eichenlaub mit Kreuzbäumen in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Wirtung dieses Wasserzeichens wird durch die grüne Färbung des Papierstreifens und die darin eingebetteten orangefarbenen Fasern erhöht. Der Scheinrand ist mit der querliegenden Zifferzahl 50 und dem Wort Milliarden in schwarzer Farbe überdruckt. Der aus seinem Linienwerk bestehende, in den Farben gelbbraun bis grünblau spielende Untergrund zeigt im Mittelfeld die große helle Zifferzahl 50. Die Umrandung besteht aus den vier Eckzahlen 50, die oben und unten durch die Wertbezeichnung „Fünfzig Milliarden“ und seitlich durch das Wort „Milliarden“ verbunden sind. Die Beschriftung in schwarzer Farbe ist die übliche. Neben den Unterschriften stehen die Stempel mit der Aufschrift „Reichsbankdirektorium“. Der vierzellige Strafzettel ist rechts und links querförmig angebracht. Reihenbezeichnung und Nummer sind oben rechts in roter Farbe aufgedruckt. Die Rückseite der Note ist unbedruckt.

(Marken bis zu 50 Millionen.) Briefmarken bis zu 50 Millionen stellt jetzt die Reichsbankdruckerei her. Sie haben sämtlich das Muster der Marken zu 1 und 2 Millionen, also mit verschiedenen Schriftarten, oben Deutsches Reich in Bruchschrift, in der Mitte der Aufdruck Millionen in Aufschrift und unten die Gesamtzahl wiederholt mit dem „in“ in Bruchschrift. Der schärfste bebrante Streifen ist von vier Posthörnern umgeben. Von diesen Marken gibt es neue zu 2 Millionen blauviolett, 4 hellgrün, 10 zinnoberrot, 20 blau, 30 rotbraun, 50 Millionen schwarzgrün.

(Einführung der Millionennotenzahlung bei der Post- und Telegraphenverwaltung.) Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Anflutung des Zahlungsmittels, unter deren Wirkung die öffentliche Versorgung der Bevölkerung an den Posthälfen außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungsverkehr und Rechnungswesen und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionennotenzahlung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Versicherungen, Zahlarten, Postüberweisungen, Erstattungsanforderungen, Postgebühren und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben; z. B. statt 16 000 000 Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postcheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postcheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

„Winternot“.

Weitere Spenden beim Wohlfahrtsamt bis zum 30. ds. Mts.: A. Z. (anstalt M.) 600 Millionen, Ha. 3,5 Millionen, Jofessschule 134,7 Millionen, Jofessschule 507 Millionen, Kalkschule 12,3 Millionen, Hilfschule 90 Millionen, R. 211 Millionen, Scha. 3 Millionen, R. 2,5 Millionen, Wa. 50 Millionen, Bl. 79 000, Fe. 359 500, M. 1 Zentner Kartoffeln. Besten Dank! Bisheriges Ergebnis an Barspenden 88 Millionen. Die sehr wertvollen Naturalspenden wurden neulich bekanntgegeben.

Der Vaterländische Frauen-Verein möchte auch in diesem Jahre den Kriegswaisen gern wieder eine Weihnachtsgeschenke bereiten, in diese treubühnende Zeit etwas Freude bringen, wenn zielgeseinnete Seelen ihn dabei behilflich sind durch Unterstützung mit Geldmitteln. Bei der rapide fortschreitenden Geldentwertung hat wohl jeder wertlos gewordene Bescheid, welcher gesammelt wieder Wert erhalten — diese Weihnachtsgeschenke wie vorher gesagt, zu stiften und sie an die Schachmutter des Vereins, Frau Louis Merzin, Markt abzuliefern. Der nächste Wochenmarkt in Namen findet des morgigen Allerheiligentages wegen am Freitag statt.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die seit dem 1. April dieses Jahres eingeführte preussische Grundvermögenssteuer ist durch die Verordnung des preussischen Staatsministers vom 22. Oktober ds. Js. mit Wirkung vom 1. September auf Goldbasis gestellt und dadurch verfestigt gemacht. Von der Einführung der seit der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober veranlagten Steuerbeträge in Papiermark wird, soweit diese Beträge nicht eingegangen sind, abgesehen. Es bleibt aber den Gemeinden überlassen, diese staatlichen Papiermarksteuer zu ihren Gunsten zu vereinnahmen.

(Steuerabzug.) Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug ab 28. Oktober 6000. Multiplikator für Zuschläge ab 1. No-

vember gegenüber Sähen der 2. September, Hälfte 6000, besondere Bewertung nach Lagepreis fällt weg. Bewertungsfaktor für Wohnung für verheiratete Deputatempfänger auf dem Lande unverändert. Abrundung der einbehaltenen Beträge auf volle Millionen nach unten.

Verordnung über den Verkauf von Kartoffeln.

Der kommandierende General des Wehrtreffes 6 erläßt folgende Verfügung: „Im Anschluß an meine Verordnung vom 22. d. M. Nr. 6333 bestimme ich mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten und nach Anhörung der Vertreter der Landwirtschaft für die Provinz Westfalen das folgt:

1. Jeder Landwirt ist verpflichtet, mindestens ein Drittel seiner den Eigenbedarf übersteigenden diesjährigen Kartoffelernte bis zum 10. November 1923 abzuliefern, der Gemeindebehörde anzubieten.

2. Wenn jemand dieser Verpflichtung bis zum 10. November d. J. schuldhaft nicht genügt hat, so wird das Doppelte der rückständigen Kartoffeln ohne Entschädigung nach Anordnung des Landrates bezogen. Oberbürgermeisters durch die Polizeibehörde enteignet. Falls infolge Großmeters oder sonstiger Umstände diese Enteignung untunlich ist, tritt an ihre Stelle die Wegnahme eines entsprechenden Wertes nach dem Satz von 2 Goldmark je Zentner.

3. Der Höchstpreis für Kartoffeln beträgt 2 Goldmark ab Hof je Zentner nach dem an Tage vorher amtlich festgestellten Berliner Dollarkurs. Jedes zur Zeit der Lieferung gesessene Zahlungsmittel muß in Zahlung genommen werden. Die Handelspanne darf 5 Prozent des Erzeugerpreises einschließlich Frucht nicht übersteigen. Davon entfallen auf die Großhandelspanne 5 Prozent, auf die Kleinhandelspanne 10 Prozent. Dieser der Landwirt die Kartoffeln dem Verbraucher ins Haus, so darf er einen Zuschlag von 0,20 Goldmark, im ganzen also 2,20 Goldmark fordern.

4. Wir den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, oder wer einen höheren Preis anbietet, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 18 000 Goldmark bestraft. Die Aburteilung erfolgt durch Ausnahme gerichte. Die Täter sind zunächst in Polizehaft zu nehmen mit sofortigem Antrag auf Schußhaft an den Militärbehörden. Die Namen der Verurteilten werden auf ihre Kosten öffentlich bekanntgemacht.

5. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Münster, 27. Oktober 1923.

gez. v. Voßberg.

Der Kampf gegen den Wucher.

In einer Verfügung des Präsidenten des Landespolizeiamtes b. im. M. ist zum 1. November d. J. verfügt, die vom Reichsverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels notierten Preise für einige Lebensmittel sind als höchstzulässige Unterlagen für Preisverordnungen des Großhandels in Verleß mit dem Einzelhandel anzuführen. Der Großhandel darf bei Abgabe der Ware den notierten Tagespreis nicht überschreiten. Die Polizeiverwaltungen haben dafür zu sorgen, daß ihnen diese Preisnotierungen schnellstens bekannt werden. Der Kleinhandel ist berechtigt, die anerkannten Preisnotierungen des Großhandels als Grundlage für seine Preisfestsetzungen zu nehmen. Demgemäß sind bei einer rückläufigen Bewegung unmittelbar an dem Tage die Preise herabzusetzen. Die Berliner Notierung hat amtlichen Charakter. Die Berliner Kartoffelnotierung ist als amtlich anzusehen. Ähnlich sind auch die Notierungen in Köln, B. g. Stettin, Breslau, Magdeburg, Erfurt, Kassel, Hannover, Köln, Lindeburg und Frankfurt a. M. Der vielfach in der letzten Zeit entstandenen Uebung, die Waagen von Waren nur auf dem Wege des Tausches zu vollziehen, muß, soweit nicht, wie z. B. beim Tausch von Bodenenergie, nissen gegen Längsmittel ein wirtschaftliches Interesse herrscht, entgegengetreten werden. In der Regel wird in diesem Verhalten eine strafbare Warenverfälschung begangen. Wer solche Verfehlungen zu verhindern zu verhindern, wird der Polizeibehörde die Bekämpfung des Kartoffelwuchers zur energischen Pflicht gemacht. Bei Verkauf von Kartoffeln gegen ausländische Zahlungsmittel ist höchstens ein Zuschlag zu erlauben.

(Berechnung der Mietzuschläge nach dem Lebensmittelpreis.) Vom Reichsarbeitsminister Brauns scheinen die nötigen Schritte zu einer den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Mietfrage getan zu werden. Um den völligen Verfall des alten Kaufkraftes zu verhindern, ordnet der Minister an, daß die Zuschläge unbedingt den tatsächlichen Lasten Rechnung tragen. Um dies zu erreichen, sei wie auf allen anderen Gebieten die Einführung einer Schlüsselzahl notwendig, und zwar sei in Ermangelung eines besseren Maßstabes zunächst die Lebensmittelpreisindexzahl zugrunde zu legen. Die Zuschläge für die Betriebskosten und die Kosten für „laufende“ Instandsetzungsarbeiten würden bei diesem Verfahren in der Weise zu berechnen sein, daß der in der Friedensmitelzeit des Jahres 1913 entfallene Betrag — der zunächst besonders zu bestimmen wäre — mit der von dem Tage der Fälligkeit der Miete ansetzenden bekannt gegebenen Lebensmittelpreisindexzahl verhältnismäßig wäre. Der sich danach ergebende Papiermarkbetrag würde den zu zahlenden Zuschlag bilden. Der Minister verweist nicht, daß die Art der Berechnung eine erhebliche Steigerung der Mieten zur Folge haben wird, weist jedoch darauf hin, daß höhere Aufwendungen für die Miete bei Lohn- und Gehaltsempfängern mit berücksichtigt werden. — Man darf erwarten, daß die Ministeriellen Anordnungen bald die Ausführungsbefehle der Landesregierung folgen.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, Sonntag
abend 8 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unsorn
treusorgenden Vater, Grossvater, Schwiegervater,
Schwager und Onkel

Wilhelm Baak

Im Alter von beinahe 65 Jahren nach kurzem, schwerem
Leiden und würdigem Empfang der heiligen Sterbe-
sakramente zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem
Gebete der Priester am Altare und den Gläubigen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Westig, Bottrop, Ahlen und Schwerte,
den 30. Oktober 1923.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag
4 Uhr vom Sterbehause, Nordenmauer 57, aus statt.
Das Seelenamt findet Freitag morgen 8 Uhr statt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere
Nachricht erhalten, so diene diese als solche. 3042

50 Milliarden Mk. Belohnung!

Grauer Damen-Mantel

Samstagabend zwischen 7 und 8 Uhr auf dem Wege
von der Schützenheide nach Einhausen

abhanden gekommen.

Der jetzige Inhaber ist damit gesehen und erkannt
worden und wird aufgefordert, den Mantel sofort in der
Geschäftsstelle der Kamener Zeitung abzugeben, an-
dernfalls Anzeige erfolgt. 3036

Schlüssel- bund

am Freitagabend

verloren.

Gegen Belohnung abzugeben
in der Geschäftsstelle der Ka-
mener Zeitung. 3034

Klavier- stimmen

Bin in den näch-
sten Tag, zum
Stimmen und Re-
parieren der Pia-
nos, Flügel und
Harmoniums in
Kamen u. Umge-
gend anwesend.
Aufträge wer-
den in der Ge-
schäftsst. d. Stg-
entgegengenom-
men. 2075

Ad. Jürgens,
Kam. 1.
C. Zippmann,
Kam.,
Blumenstr. 16.

Druck- arbeiten

als:
Adresskarten, Et-
ketten, Prospekte,
Zirkulare, Kuverts,
Mittellungen, Rech-
nungen, Briefbogen,
Preislisten, Wein-
und Speisekarten,
Einladungs-Karten,
Familien-Anzeigen,
Trauerbriefe usw.
fertigt an die
Buchdruckerei
der Kamener
Zeitung.

Notgeld der Stadt Kamen.

Die Stadt Kamen hat zur Behebung der Zahlungs-
mittelnnot

Notgeldscheine

in Stücken zu

1, 5, 10, 20 u. 50 Milliarden

in den Verkehr gebracht. Deckung ist bei der Reichs-
bank in Unna hinterlegt.

Diese Scheine werden bei allen städtischen Kassen
eingelöst.

Die Handel- und Gewerbetreibenden werden ge-
beten, diese Scheine in Zahlung zu nehmen.

Kamen, den 30. Oktober 1923.

Der Magistrat Siegler.



Schweine

zu haben bei

Gebr. Vonhoff,
Unnaerstraße.



Gegen die Abänderung der
Fluchlinien am Malter, Stein-
ader und Unterer Schleppweg,
wie im Fluchlinienplan in
roter Farbe vermerkt, sind Ein-
wendungen nicht erhoben wor-
den. Gemäß § 8 des Flucht-
liniengesetzes vom 2. Juli 1875 wird der Plan
hiermit förmlich festgestellt. Er liegt nochmals
14 Tage vom Tage der Veröffentlichung dieser
Beschlussmachung auf dem Stadtbauamt des
Rathauses zu jedermanns Einsicht offen.
Kamen, den 26. Oktober 1923. 3039

Der Magistrat.

Für den Monat November 1923 sind die
Zuschläge zur Grundmiete nach dem Reichs-
mietengesetz für den Stadtbezirk Kamen wie
folgt festgesetzt: 3040
1. für Zinssteigerungen — 200% — 2 fache
2. für Verwaltungskosten — 30 000 000 fache
3. für laufende Instandsetzungsarbeiten —
47 000 000 000% — 470 000 000 fache
4. für Reinigungsmaterialkosten § 2 der Aus-
führungsverordnung vom 11. 9. 22
Ziffer 4 4 000 000 000% — 40 000 000 fache
Ziffer 5 3 000 000 000% — 30 000 000 fache
Ziffer 6 2 000 000 000% — 20 000 000 fache
5. für Betriebskostenzuschüsse § 3 Abs. 5 a. a. O.
800 000 000% — 8 000 000 fache
6. für gewerbliche Räume
2 500 000 000% — 25 000 000 fache
der Grundmiete.
J. B.: Siegler, Beigeordneter.

Guter Nebenverdienst! Zuverlässiger Zeitungs- bote

für den Bezirk Rottum,
gegen gute Bezahlung
gesucht.

Meldungen in der Ge-
schäftsstelle der
Kamener Zeitung.
Weststraße Nr. 10.

Suche zu sofort ein ordentl. Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, bei zeit-
gemäßem Lohn. 3033
Zu erst. in der Geschäftsst.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von 1101
Pastor Fettes Heilweide
Unna, Bahnhofstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 6 Uhr.

Gesucht Bahnhofstraße, Markt
oder Weststraße ein geräumiges

Ladenlokal

bei evtl. guter Abfindung für
den jetzigen Mieter.

Angebote unter M. 3000
an die Geschäftsstelle der Ka-
mener Zeitung.

Wohnungs- tausch!

Gut erhaltene 3-Zimmer
Wohnung in der Roonstraße
gegen eine 3-4-Zimmer-
Wohnung in der Stadt zu
tauschen gesucht. 3028

Willy Klinkmann,
Edwenderstraße, Weststraße 1.

Die Separatistenbewegung.

(W) Die Exekutive für das Rheinlands-
Nord hat in Nachen eine von Matthes unter-
zeichnete Proklamation angeschlagen,
wonach zur Rettung des Rheinlandes in letzter
Stunde vor seiner Vereinfachung durch Preußens
Schuld oder vor linksradikaler Revolution die
unabhängige rheinische Republik erklärt und
die provisorische Regierung gebildet worden
sei. Die Autorität der Befehlsmächte sei
selbstverständlich auch fernerhin strengstens zu
achten. Die Lebensmittelversorgung sei sicher-
gestellt. Auf Mörder und Unruhestifter werde
ohne weiteres geschossen werden. Zeitungen und
Druckereien dürfen nur mit Genehmigung
der Exekutive erscheinen.

Verbrechertypen schlimmster Art.

(W) Der Sonderberichterstatter der „Times“
berichtet, er habe von dem Führer der Se-
paratisten die Mitteilung erhalten, daß die
Separatistenbewegung nur ein Versuch sei, die
Rheinlande vom deutschen Reich loszureißen.
Der Berichterstatter schreibt, es gibt in dieser
Stadt hunderte Verbrechertypen schlimmster Art.
Der Führer erklärte mir, daß er ein beruhs-
mäßiger Vandal sei. Er erklärte, er habe nichts
mit Politik zu tun, er sei kein Deutscher. Seinen
Namen kenne niemand, er werde der „Kapitän“
genannt. Der Adjutant des Kapitän sagte
der „Times“-Berichterstatter, daß der Name des
Kapitän Parcial lautete. Der Kapitän fuhr
fort, ich bin vor drei Wochen nach dem Rhein-
land gebracht worden, um diese Sache mit
Gewalt durchzuführen und habe ihn zum Ober-
befehlshaber der freiwilligen Rheinarmee ge-
macht. Ich habe mehrere tausend bis an die
Zähne bewaffnete Männer unter mir. Wir
haben Maschinengewehre, Gewehre und Re-

volver mit unbeschränkter Munition. Ich bin
kein Anfänger, was Sie erkennen werden, wenn
ich Ihnen sage, daß ich die Unruhen in Ober-
schlesien organisiert habe und in ähnlichem
Sinne in anderen Teilen der Welt tätig war.
Die tausende von Männern, die er befehlt, wür-
den für jedermann kämpfen, der sie künftig
lohnend würde und zur anderen Seite übergehen,
wenn die Löhne ausgingen.

Die Lage in Duisburg

hat eine Berichterstattung erfahren. Der selbst-
berichtende Bürgermeister Kind ist von den
Separatisten verhaftet worden. Kind hatte die
Verordnung in seiner öffentlichen Bekannt-
machung von der Annahme des Notgeldes ge-
warnt, das die Separatisten herausgegeben ha-
ben. Die Duisburger Geschäftsleute, die sich
geweigert hatten, das gefälschte Notgeld an-
zunehmen, wurden von den Separatisten mit
vorgehaltener Pistole zur Annahme gezwungen.
Die belgischen Patrouillen griffen nicht ein.
Das Rathaus ist immer noch von be-
waffneten Separatisten besetzt. Am
Freitag wurde eine Generalkonferenz abgehalten,
die im Rathaus den belgischen Ortsdelegierten
gegenwärtig war. Die Separatisten haben sich der
Uniformen der belgischen Polizei bemächtigt. Von Seiten der
belgischen Behörden ist den städtischen Behör-
den anheimgestellt worden, dafür Sorge zu tra-
gen, daß die städtischen Polizeibeamten zusammen
mit den Sonderbündlern unter belgischem Kom-
mando ihren Dienst wieder aufnehmen. Dabei
wurde vorausgesetzt, daß die städtische Polizei
nichts gegen die Sonderbündler unternimmt. Das
Ansehen ist von deutscher Seite abgelehnt wor-
den. Im Laufe der letzten Tage war aus allen
Kreisen der Bevölkerung ein Selbstschutz ge-
bildet worden, der den Schutz öffentlicher Ge-

bäude übernehmen sollte und der die Aufgabe
hatte, die Rathäuser in Duisburg, Ruhrort,
Duisburg-Weidich und Duisburg-Bilk vor den
Zugriffen der Separatisten zu schützen. Dieser
Selbstschutz ist gestern in Duisburg-Bilk von
belgischen Truppen entwaffnet worden. Die
Schwierigkeiten steigen sich ständig. Das gilt
besonders von der Arbeitslosenfrage. Die Se-
paratisten haben am Sonnabend Lebensmittel-
lager, die dem Konsumverein gehörten, mit
Gewalt geöffnet und die Lebensmittel an die
Arbeitslosen verteilt.

Ueber die Ereignisse in den einzelnen Bezirken

wird gemeldet: Des Times-Berichterstatter schreibt
über die Verhältnisse in Koblenz,
die Separatisten seien am 25. abends von fran-
zösischen Gendarmen in die Stadt zurückgebracht
worden. Sie seien trotz des Verbotes des Ober-
kommissars alle bewaffnet. Zur Zeit herrsche
Anarchie. Im übrigen verlautet, daß der fran-
zösische und der belgische Oberkommissar bei der
Rheinlandskommission angewiesen wurden, in
der bevorstehenden Sitzung der Kommission die
Separatisten als legale Regierung im Rhein-
land anzuerkennen, gegen welche Verletzung
des Verfallers Vertrages und des Rheinlands-
abkommens Lord Rumanoff protestieren werde.

Die Sonderbündler als Brandstifter.

Aus Mainz wird gemeldet: In der Nacht
zum Sonnabend drang ein aus Rüsselheim kom-
mender Haufe (nach Ansicht der dortigen Be-
währung ist es sich um Sonderbündler ge-
handelt haben) in das Dorf Bauschheim (Kreis
Großgerau) ein, angeblich um Vieh zu requi-
rieren. Die Bauernschaft trat den Eindring-
lingen mit Dreiflügel in u. u. entgegen.
Es kam zu einer blutigen Schlägerei, in de-

ren Verlauf vier Eindringlinge getötet
und auf beiden Seiten eine große Anzahl von
Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die
Verletzten wurden nach Mainz ins Krankenhaus
gebracht. Einer von ihnen ist inzwischen ge-
storben. Gestern nachmittag zwischen vier und
fünf Uhr drangen die Sonderbündler erneut
in das Dorf Bauschheim ein und setzten die el-
che in Brand. Dem Eingreifen der
Feuerwehren aus der Nachbargemeinde gelang es,
einem weiteren Umfängereisen des Feuers Einhalt
zu tun.

Die Lage in Mainz hat infolgedessen eine
Aenderung erfahren, als die Franzosen das
Stadthaus und seine Umgebung besetzten u. zahl-
reiche Verhaftungen vorgenommen haben. Sämt-
liche politischen Parteien und gewerkschaftlichen
Organisationen sowie die berechtigten Arbeits-
geberverbände haben folgende Erklärung ver-
öffentlicht: Die Bevölkerung von Mainz steht
in mäßiger zum deutschen Reich und dem
Volksstaate. Sie lehnt entschieden die
separatistische Bewegung ab und erkennt nur ihre
verfassungsmäßige Regierung an.

Der separatistische „Oberbürgermeister“ En-
gel gibt in Duisburg durch Anschlag bekannt,
daß in den verschiedenen Stadtteilen Lebens-
mittel an Erwerbslose kostenlos abgegeben wer-
den. Das Erscheinen der Zeitungen wurde ge-
waltfam verhindert. Redakteur Feit von der
Rhein- und Ruhrzeitung, Dr. Rommel vom
Echo vom Niederrhein, Geschäftsführer Müller
von der Volksstimme wurden von den Separat-
isten verhaftet, ebenso Separatistenleiter Bo-
ber.

Wie wir erfahren, wird die Regierung
solchen Stadtverwaltungen, die mit
den Separatisten hantieren, sämt-
liche Reichsbezüge, u. a. auch die Erwerbs-
losengelder sperren.

Unterhaltungs-Beilage

Das Heiligtum des Herzens.

Mann von Gedwig Conrads-Weidner.

36. *Sordichnaya.*

24. Kapitel.

Der Herrsch war langam den Vordoten des
Binnens gemisch. Eschön fiel der erste leife
Schnee auf die Erde herab. Er gerischolg
sich wieder, aber neue, dicke Schneewolken
bedeckten den Himmel und hinderten einen ernst-
haften Schneefall.

unmittelbar langstehe, wie gekannt, als Or-
diener abzu-
"Güte: Ab-
Streben mit, daß er nun endlich nach Hause
kommen will. Übermorgen wird er schon ein-
treffen."

Füge dich drein!

Du bist gleich nach Reuehr von ihrem ersten Wente
neue Ausflügen erschießen würden. Für ein
Erwählungsmat habe es einen kurzen Aufsch ge-
hört. Das zweite Wert werde noch der Weib-
mädchen erschießen, und da es noch jüngerem
Albus finden werde als das erste, so werde
man a uch hiervon neue Ausflügen vorbereiten
müssen.

Danella las die Kunde mit freudig klopfende
dem Herzen.

Wenn jetzt Hoffendungen von ihrem Ver-

„Das freut mich für Dich, Dieter. Du hast den Grund lange entbehren müssen. Hoffentlich bleibt er nun längere Zeit in Dagsberg.“

„Das wird auf Dich ankommen, Bella.“

Daniela sah ein festes, schnelles Aufblitzen in den Augen der Gräfin, als diese hastig fragte:

„Wozu mich?“

Das sagt ein tiefer Wille:
Es mag so sein!
Daß Ruhe dein Herz erfülle,
Wenig dich und sei stille,
Süße dich, Hüte dich drein!
Georg Meißel

„Sag, erwiderte der Alte, hast du schon
gesagt mit, er will bleiben, so lange wir ihn
haben wollen. Was dritte Gebrauch ist er für
uns beispielhaft. Aber — da wir Dritte so
nur in die Welt gehen wollen, weiß ich
nicht, ob du das dritte Gebrauch hierhaben
wollst.“

borg dieselben in ihrem Schreibtisch. Eins dieser Exemplare sollte Graf Dieter von ihr als Weihungsgabe erhalten. Hatte sie ihm doch nichts Besseres zu schenken. Sie schrieb nichts hinein als:

„In Verehrung und Dankbarkeit.“

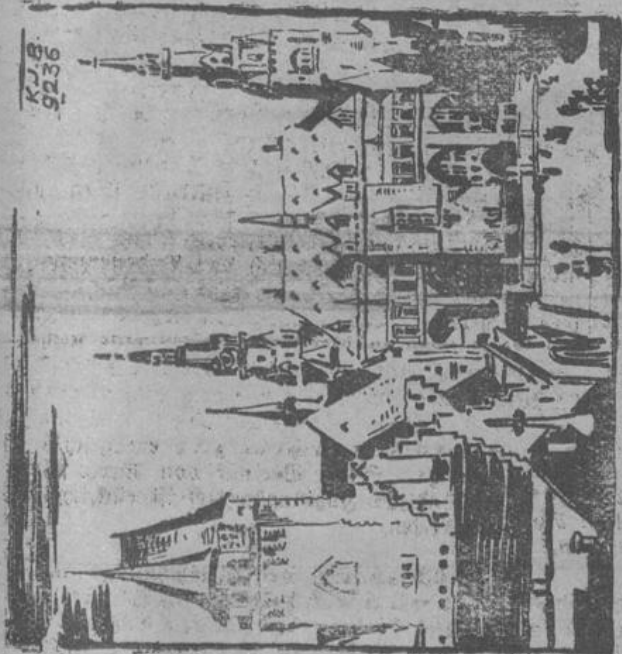
„Natürlich blicßen wir in Sutzberg, so lange uns dein Freund seinen Besuch ausgedehnt hat. Das ist doch selbstverständlich, Dieter. Wir würden unangenehm erleiden, wollten wir durch aber das fiel nur Daniels auf, die mit einem selbstam bekommen Gefühl die verhaltene Regierung der Gräfin bemerkte.

Gräfin Diana hatte sich nicht mehr zu bewegen vermocht. Sie hatte die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und schrie: „Gott, Gott! Ich bin verloren!“

„Unsere Heile nach der Heilung den Befehl des Hohenfürsten“ sagte die Gräfin liebenswürdig ihren Gästen zu.

Der Graf vernichte sich.

„Wir wären es natürlich sehr lieb, wenn Sie für das nächste Gesellschaft mit die Bitte in der Heilung rechtlich auf. Was wird es dir nicht langweilig werden, den ganzen Winter in Göttingen zu bleiben?“



Das Rathaus in Aachen der Mittelpunkt der dortigen Ereignisse.

Die bedrohten Völker der Gegenwart gegenwärtig unterstützen sollen. Auch kann die Bewegung ein Maß zum allgemeinen Gesetz werden. (Der Bauer in der Föhrung zu treten möchte, kann — auch ein Unberufener, ein Anwärter, eine Persönlichkeit, Bekannte und beim Reichsverband, einem „Bürgerlicher“ Hande oder einer Ortsgruppe als „Bürger“ sein.)

Von fliegenden Ameisen überfallen.

Im "Brehm" find einige Fälle angeführt, wie
 lakhtig die Ameisen werden können, wenn ihr der Rest
 des Schwärmers die gelagelten Amanden und
 Waben in ungezügelter Menge zum Vorfürtszuge
 in die Luft eichen, und hoch über dem wolken Ge-
 fährte, im Sommerglanze (hervor) die Helligkeit zu
 fieren. Die Ameisen, die bei solchen Gelegenheiten
 aufzunehmen, bilden manchmal ganz genordete
 Schwärme, die sich besonders an hochgelegenen
 Punkten, Ausflugsorten oder Stadtparkplätzen, selbst
 an einem einzelnen Menschen in oberer Gegend an-

Der deutsche Volksbund für Paraguay

zur Einwanderungsfrage.

(2. A.) Wie „Der Bund“ die Befürchtung des Deutschen Volkszundes für Argentinien, mittelst, kann der Deutsche Volksbund für Paraguan, nach Wertung seines Vorkandes, unter den lebigen Verhältnissen im Lande, weder Abweisung noch Eingetragungen für Einwanderung gesen und will seine Verantwortung übernehmen für unvorhergesehene Folgen, die eine nicht zutreffende Einwanderung zeitigen könnten.

Durch einen 15-monatigen dauernden Aufenthalt des Mitgliedes im politischen Internirungslager sind die normalen Zustände in der Gefangenschaft gestört worden. Geminnungen des nationalen Schiffes- und Eisenbahnbetriebs, Unfähigkeit des Westens, Schiffbrüchen des Eigentums von Ausländern, Verhaftungen im freien Verkehr usw. haben sich tiefst bemerkbar gemacht, obwohl neben Genossenschaftlichkeit der kämpfenden Parteien und Schiffbrüchen von Deutschen auch Fälle von Wohlthun und Schwereitstellung zu verzeichnen sind. In der Hauptstadt lebt hat der nörliche Schatz dieser trübende Verhältnisse, auf dem Lande sind einige trübende Fälle von Schiffbrüchen oder des Verfalls dazu gegen Deutsche vorgeschrieben.

Eine Massenemigration von Familien und Einzelpersonen ist daher zuerst nicht angebracht, weil einmal die Grundumsatzbedürfnisse durch Defekt der Regierung vom 5. Januar 1923 ihre Ausgaben einschränken, besonders die freie Fahrt der Einwanderer von Buenos Aires nach Altona, die schon länger in der Praxis nicht mehr gewährt wurde, bis auf weiteres aufhören mußte, sodann weil die Regierung im Kampfe mit den außerordentlichen Hindernisse zu regelmäßiger Verwaltung des Landes findet, welche auch dem Reiseverkehr der Einwanderer lästig fallen würden. Es ist oft nicht in der Lage, die Leute an den Punkt ihrer Wahl im Lande wegen Versteuernfreibeyung zu befördern. Die sonst wirksame Vermittlung zwischen Regierung und Einwanderern kann in solchen Fällen garzeit nicht mit Erfolg regnen.

[illegible]

Die Chinesen sind nämlich das biologische Element, die Wurzen. Ihnen ist sowohl an physiologischer Fähigkeit als auch an geistiger Fertigkeit nichts an Fruchtbarkeit und Zahl der Erben gleichgültig. Religion und Zeit für ihr frühes Heirat und Kinderreichtum vorzuziehen sind von den 100 Millionen Erdbevölkern 400 Millionen Chinesen. Also vierter Platz auf Erden ist schon ein Chiniese! Nach biologischer Berechnung wird es voraussichtlich im Jahre 2300 mehr als 2½ Milliarden Chinesen geben, und wenn dann die Erde nicht mehr ausreicht, werden sie sich über die Welt vertheilen.

Eine solche Bitterkenntniß inderthat nicht
nur dem Selbsthaltungstrieb der Völler,
sondern auch dem allgemeinen Weltinteresse,
selbst dem wohlverstandenen Interesse der Völ-
ker die Göttern, wie aus folgendem hervor-
geht:

Was die Griechen in den 2-3 Jahrhunderten ihrer Blüte der Welt geteufelt haben, braucht wohl nicht erst ausgemalt zu werden. Dieser selber Hände es in der Welt, wenn die Griechen 2 bis 3 Jahrhunderte künft uns verheerenden Verwüstungen hätten. Und was würde die Welt daraus geben, wenn sie jetzt noch einige 10-15 Millionen (eingezeichnet zu reineren Stellen zu fügen! — Ganz so wird man nach abwärts 2-3 Jahrhunderten fassen: Es ist ein Gemme, gegen um ausgehoben wird und selbst die Schienen werden legen: Warum haben wir denn jetzt der lebenden Geschöpfe nur 3-4 Millionen gezählt? Spottig glücklich können uns die 2 letzten 3-4e jetzt nicht mehr werden; wohl aber in Kunst, Wissenschaft, Gesundheit, noch unendlich die nügen!

Vorher werden schon die europäischen Völker nur durch Kindersegen zum Absterben mit 4 und weniger Kindern zur Erde herab sinken, mit 4 und mehr nehmen wir zu ganz Europa das Wort Barmherzigkeit muß daher die noch vor diesem lächerlich erscheinende, jetzt aber bitter ernste Warnung geben: Wer ohne triftige Gründe nicht heirathet, oder die Zahl seiner Kinder beschränkt, ist kein wahrer Patriot. Ganz besonders die oberen Stände müssen für Kinderlosigkeit in ihren Kreisen sorgen, denn eigenthümlicherweise sterben die Väter nicht von unten herauf sondern von oben herunter.

Die vorstehende Zeitung bringt nun dem für alle Bürger zu wichtigen Papas „Ankündigung“ eine besonders köstliche Art-
fische, sowohl durch erhöhte Sündensicherheit, als durch erhöhte Weigerung dem Kinderreichthum entgegen der g. o. n. Weigerung — besonders der Mäh — und der sonstigen Einrichtungen. Aber in richtiger Erkenntnis der Gemeinwohl der Weisheit der Kinderreichen durch Dar und That, aber auch durch Selbstsuche unterliegen soll, soll man ihnen sein. (Geistliche des Bundes der Kinderreichen Deutschlands, Prospekt und Weisheit. Winter, in West-oriental, vier Einzug 25.)

Wird jemand die Bewegung der Kinder
beziehen auf Bewegung eigener Kräfte in
dem Spiel und übertragen so ist die Bewegungs-
helle genau eine Linie in das Gemeine der
Kinder, größte Bewegung selbst, von mit
bestimmten, todesgemäßem, also zu an-
nehmen. Dann sie steht mit dem Standpunkt,
das in modernen Schulbücher gegen den

[illegible]

„Sich können ja auch in Solberg im Winter beschäftigen haben, Dieter. Es muß nicht in der Heißbahn sein. Und in der letzten Hälfte des Jahres können wir ja trotzdem noch einige Jagdangewandte in der Heißbahn beschäftigen. Schließlich will ich dir die Zeit nicht stehlen.“

Da da den Freund bei dir haben kannst.“

Gras Dieter hatte abgemacht, seine bei nach dir zu kommen.

„Du bist sehr lebensfähig, Bella. Denn ich weiß, du bringst mit dir ein Opfer.“

Sie erwiderte, daß ihn aber lachend an.

„Du kannst mich ja für dieses Opfer einlösen.“

„Sagte sie lachend.“

„Wenn Bella — aber wie?“

„Andern du mit mir nach dem Gefängniß an die Arbeit gehst, zu den Blumenstiefeln.“
 Sie vernagte sich.
 Die Wärthin wandte sich zum Küchlein zu
 Parthen.

„Die Töchterinnen tröstet, auch um alle Hand Bessigungen, Daria, der ihr im Saal nicht nach der Heilung gehen, aber ihr bitten genethum den geringen Lohn, daß er ihnen gelte, sich eine anmaßliche, wenn ihr noch, der Mysteria, gehen.“

Daria schmeichelt sich selbst, daß sie der Wölkchen für viele Lebenswürdigkeit nicht so recht von Sorgen, darüber sein konnte. Sie hatte ein in unheimlich ängstliches Gefühl, das sie sich nicht erlauben konnte. Durch sie sich sie best in Graf Dietrich haubte.

„Die Bitte ist erfüllt, ehe sie an mich ge-
 richtet war.“
 Daniela nickte nun ihren Mantel ausprechen,
 und sie tat es auch in der ihr eigenen, bes-
 cheiden Weise.
 Griffin Della sagte nun eine äußere ver-
 mögliche Zustimmung.
 „Mitte Glück! Spüre seinen Stellen beglei-
 tungen“ sagte sie.

Deutschlands Westen.

„Ja, die beiden Gärten sollen leinereichen, wie ich ein beiläufiges Absinthegefeil sein kann. Und Conzela aus. Sie haben wohl bisher kaum ein richtiges Absinthegefeil geleitet, Conzela.“

„Gefie, ich überlasse alle Anordnungen dir. Sie soll.“

„Sie ist immer noch das größte Schreck-
bild.“

Die ihren aus unruhigen Gedanken auf und die ihre Augen von dem seltsam trostlosen Weist die Gräber Loz.

„Im Besten war es Bescheidenen immer sehr still. Gott alle Persönlichkeiten waren zum Besten nach Hause gestellt. Aber sie hatten dann alle viel davon zu erzählen, wenn sie zurückkamen.“

„Dann, einmal sollen Sie ein volles, richtiges sein, erleben, Dantela Sie müssen Gräber.“



"Das verleiht sich doch von selbst. Ich weiß ja, wenn du für die Bedogen Sorge trägst." Doch, daß es dir keine Mühe sind. Das ist doch das Betragen kann, ihnen den Augenblick angenehm zu machen, soll geschehen."

(Fortsetzung folgt.)

Zum Reformationsfest

Im Gedächtnis der großen Weltstirne des
Jahrs steht die ewigleuchtende Stirne am 31. Dec.
über das Reformationsjahr. Aus einer trost-
losen Gegenwart schaut der Mensch gern zurück
in eine friedliche Vergangenheit. So flüchten sich
besaßene Männer und Frauen gerne in die
großen Tage, die unser Volk einst
erlebte, damit wir nicht ganz trübsal und küm-
mern vor unweitem Bewußtsein, nicht ganz
hoffnungslos für die Zukunft. Seine mochten
wir sie lieber haben als je, die Güter und
Geldern, die Richter, Senec und Richter,
unser Nation einst zu den Höhen jenseits. Hat
wir können gern die folgen, gläubigen Wortes
eines Kindes und Mord, eines Weibes
Mörder für unsere Zukunft, aber die all-
überragt an Danksagung Martin Luther
Zein Gedächtnis steht noch lebendig auf der Stirn

Gottesdienst im Kino.

Deutschlands Briefverkehr
mit dem Auslande.

[illegible]

	1913	1920	1924
Schiffbau	795 680	338 588 (43%)	448 531 (56%)
M. Schacht u. Kl.	715 319	—	778 408 (100%)
Gewerbetreibenden	566 331	418 374 (75%)	384 754 (69%)
Stellen	184 295	156 177 (85%)	158 182 (84%)
Belgien	—	142 005	127 407
Niederlande	106 272	110 886 (104%)	108 135
Spartan	71 440	116 615 (65%)	—

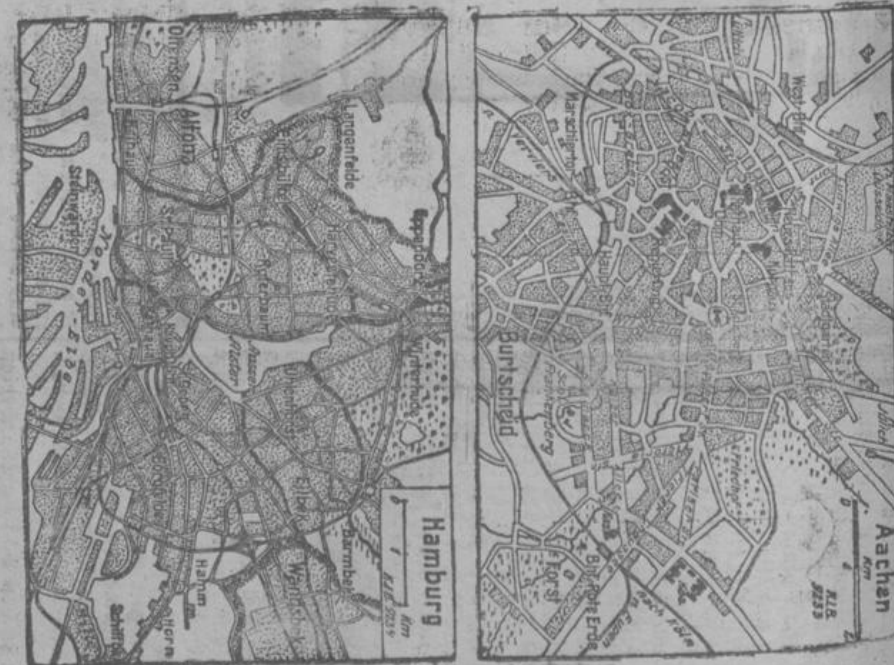
Nach dem Eingabe des Aufprobierens geschah nach dem Stillsitzen der unangenehmen Gerüche, hinter dem der bei Reiningen, Ersetzen um 8 u. 3, der Probierstamm um 30 v. G. geschüttelt. Unter den Wirkungen und Magendrücken des Reiningens mit Quaschade des niederländischen grünen Ersetzens mit Quaschade seinem Quaschaden, jedoch der deutsche entzündete seinem Quaschaden, jedoch in 10 flachen Maße, daß er von dem Belamerters in 10 Probierstammes befestigt wurde. Dabei war in Jahre 1920 der Empfang von Stoffen, Ersetzen und dem Quaschade in Deutschland (184. 1911) immer noch unangenehm als der Probierstammes (169. 1911). Reiningen wurde als bei selbst im Vergleich zu der Entzündung seiner allgemeinen wirtschaftlichen Geschäften, welche außerordentlich flache Ersetzung des Stillsitzens von und nach dem von 1914 bis 1920

Im Jahre 1921 nahm der großbritannische, italienische und niederländische, deutsche im Zusammenhang mit der allgemeinen Befriedigung der Arbeitnehmer in Italien, in Deutschland, in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, in den Niederlanden, in der Schweiz 1920, immer noch weiter als in den anderen Staaten hinter der Mitgliedschaft zurück. Die erste Erklärung hinter den Bericht des Berichtes vor allem

Droben die Kulturvolker aus zusierben?

Man misst, leben unter der Hot. unter
Zerlegung in Mitglieder nachgemacht die Fin-
derende Gattin.

In Deutschland haben sich diese, als natu-
rliche Folge der Hot häufig zu werben, began-
nen einem Betende zusammenzufassen. Es
sind diese Lampen nun aber in erster Gattin
mit der eigene Gattin, angestrichen aber hängt die

[illegible]

Die vorhin betrachteten vier Hauptgruppen der Völker Asiens sind nicht nur durch ihre geographische Lage, sondern auch durch ihre ethnische Zugehörigkeit voneinander getrennt. Die Mongolen, die Chinesen, die Japaner und die Koreaner sind alle Angehörige der mongolischen Rasse, während die Völker des Himalaya, des Tibet und des Indus zu anderen Rassen gehören. Die Völker des Indus sind die Indier, die Völker des Himalaya sind die Tibeter, die Völker des Tibet sind die Tibeter, die Völker des Tibet sind die Tibeter.

gen stammenden nur zu wechsell. V.
geraden muß jeden Einbruch der sehr scharfen
Larve fesseln, überhaupt jeden Anbruch einer
Wechselstunde erfahren, wenn er die folgende
Larvelle trifft. Die Substanzen sind in den folgenden
30 Sorten vor dem Frische zurüdgegangen: i) in
England um 25 Prozent, Frankreich und Bel-
gien 21 Prozent, Niederland 19 Prozent,
Schweiz 18 Prozent, Dänemark 16 Prozent,
Schweden 14 Prozent, Desterreich, Italien und
Rundland 13 Prozent, Piemont und Schwab.
12 Prozent und — Mailand 1 Prozent. In
Frage dürfte es natürlich noch folgender:
der nächsten Jahrezeiten oder von Natur